

An die Mitglieder
des Gesamtkirchengemeinderats Stuttgart

Zur Kenntnis
Herrn Landesbischof July
Herrn Dr. Böhm, Umweltbeauftragter
der Evangelischen Kirche in Württemberg
Herrn Pfarrer Finkbeiner,
Paulusgemeinde Stuttgart-West
Herrn Pfarrer Wolf,
Paulusgemeinde Stuttgart-West

15. November 2008

Mobilfunkmast auf dem Dach des Hauses Bismarckstraße 57

Sehr geehrte Mitglieder des Stuttgarter Gesamtkirchengemeinderates,

wir bitten mit diesem Brief um Ihre Hilfe in einer verfahrenen Situation.

Seit nunmehr über zwei Jahren wenden sich die Bürgerinitiative, die Bewohner des Hauses Bismarckstraße 57 und die Anwohner an die Gesamtkirchengemeinde, vor allem an Herrn Dekan Ehrlich, weil sie den Mobilfunkmasten auf dem Dach des Seniorenheims nicht akzeptieren. Das Seniorenheim gehört der evangelischen Kirche.

Über 2 500 Protestunterschriften wurden gesammelt, zahllose Briefe geschrieben.

Diese Wirklichkeit scheint für die Verantwortlichen der Kirchenleitung, insbesondere Herrn Dekan Ehrlich, nicht zu existieren.

Er ist nicht bereit, ein offenes Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiative zu führen und die Unterschriften entgegenzunehmen.

Das verstößt schlicht gegen alle Regeln eines ehrlichen und demokratischen Umgangs miteinander. Es erschüttert die Glaubwürdigkeit der Kirche.

Im Stuttgarter Westen sind viele Menschen empört über dieses Verhalten.

In der Zwischenzeit ziehen Anwohner weg, verkaufen ihre Wohnung, lassen für tausende von Euro Wohnungen gegen die Mobilfunkstrahlung abschirmen. Bei der Bürgerinitiative melden sich Bürger mit konkreten Beschwerden.

Wie auch von Herrn Kirchenpfleger Beck eingeräumt, hat die Kirche durch den Vertrag mit den Mobilfunkbetreibern, insbesondere an diesem Ort, einen schweren Fehler gemacht.

Sie muss die Kraft aufbringen, ihn zu korrigieren.

Die Aufstellung der Sendeanlage befindet sich in unmittelbarem Widerspruch zu innerkirchlichen Empfehlungen, z. B. des Umweltbeauftragten der EKD, Herrn Diefenbacher, oder Professor Werner Thiedes.

Die Mobilfunktechnologie trägt durch die unnatürliche Strahlung zur Gefährdung von Menschen, Tieren und Pflanzen bei.

Der größte Naturschutzbund Deutschlands, der BUND, hat in seinem Positionspapier 2008 unmissverständlich Stellung zu dieser Technologie bezogen:

..2/

„Die Gesundheit der Menschen nimmt Schaden durch flächendeckende, unnatürliche Strahlung mit einer bisher nicht aufgetretenen Leistungsdichte. Kurz- und langfristige Schädigungen sind absehbar und werden sich vor allem in der nächsten Generation manifestieren, falls nicht politisch verantwortlich und unverzüglich gehandelt wird.“ (BUND Positionspapier 2008)
Der BUND fordert einen sofortigen Ausbaustopp und den Ausstieg aus dieser Technologie.

Der Mast in der Bismarckstraße 57 widerspricht jedem Vorsorgegedanken:
Er ist auf gleicher Höhe mit Häusern und bestrahlt acht Kindergärten.
Vor solchen Standorten wird von den Fachgremien ausdrücklich gewarnt.
Schon 2001 mahnte die „Umweltkommission der deutschen Akademie für Kinderheilkunde und Umweltmedizin“ auf dem Symposium „Kinderumwelt und Gesundheit“ des Robert-Koch-Institutes:
„Von der Installation von Basisstationen in der Nachbarschaft von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern ist dringend abzuraten.“

Auch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nahm in diesem Sinne Stellung zu dem, was die Kirche im Stuttgarter Westen macht:
„Der BfS-Präsident (Wolfram König, d. Verf.) kritisierte die Mobilfunkbranche. Die Industrie hätte bei Standortfestlegungen für neue Sendeanlagen viel früher die Kommunen einbinden müssen. In Zukunft müsse bei der Errichtung von Mobilfunkmasten mehr Transparenz für die Menschen herrschen. Die Umgebung von Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern sollte nach dem Präsidenten des Strahlenschutzamtes für Sendeanlagen tabu sein.“
(Berliner Zeitung, 31.07.2001)

Die Strahlungswerte um den Masten in der Bismarckstraße sind inzwischen gutachterlich ermittelt:

Auf einem Balkon in der Paulusstraße 16: 187.160 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$
Auf einem Balkon in der Paulusstraße 8: 127.183 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$
In einer Wohnung in der Paulusstraße 16: 81.000 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$

Selbst die nicht hochgerechneten Messwerte der Dauermessstation der Bundesnetzagentur bewegen sich weit über 10.000 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$. Alle diese Werte bedeuten Gefahr im Verzug.

Der BUND fordert auf Grund eines Überblicks über den Forschungsstand, der in seinem neuen Positionspapier dargelegt wird, Höchstwerte von 1 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ im Wohnbereich, 100 $\mu\text{Watt}/\text{m}^2$ einklagbar im Außenbereich!
Alle höheren Strahlungswerte haben gesundheitsschädliche Auswirkungen.

Andere Verlautbarungen von Industrie und Regierung gehen auf reine Profitinteressen zurück. Die Verstrickung des Staates durch die Einnahme von bisher 50 Milliarden Euro für UMTS-Lizenzen und als Aktionär der Telekom liegt auf der Hand.

Wir Anwohner werden also teilweise mit einer tausendfachen Überdosis 24 Stunden lang bestrahlt. In anderen Ländern würde dieser Mast durch behördliche Verfügung abgebaut.

Kann sich die Kirche weiter gegen die Bürgerinitiativen, die Anwohner, den BUND und die wissenschaftlichen Erkenntnisse stellen?

..3/

..3/

Das Europaparlament in Straßburg appelliert am 04.09.2008 sinngemäß an die Regierungen: Die bestehenden Mobilfunkgrenzwerte sind veraltet, sie berücksichtigen nicht die neue Bestrahlungssituation durch den Mobilfunk, besonders nicht die Langzeitauswirkungen und die besondere Gefährdung von Schwangeren, Neugeborenen und Kindern. Das Parlament beruft sich dabei ausdrücklich auf die Ergebnisse des internationalen BioInitiative Reports, der die massiven Gesundheitsgefährdungen bestätigt.

Steht die Kirche zu ihrem vorrangigen Auftrag des Schutzes von Mensch und Natur? Wir erwarten von Ihnen als verantwortungsbewussten Mitgliedern des Gesamtkirchengemeinderats, auf die Kirchenleitung, insbesondere Herrn Dekan Ehrlich, dahingehend einzuwirken, dass dieser Mast unverzüglich abgebaut wird.

Es steht in seiner Macht, dies zu tun, der Ausstieg aus dem Vertrag ist keine juristische, sondern eine ethisch-moralische Frage.

Die Anwohner sind zwei Jahre lang hingehalten worden, und Sie werden verstehen, dass wir bei fortbestehender Nichtachtung unserer Anliegen bei einer breiteren, auch überregionalen Kirchenöffentlichkeit Gehör suchen müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hensinger
für die Bürgerinitiative

Anlagen:

- Auszug aus dem Positionspapier BUND, Oktober 2008
- Beitrag von W. Thiede: „Wie schädlich ist Mobilfunk?“, Sonntagsblatt Bayern, 23.03.2008

Eine vollständige Dokumentation des Schriftwechsels mit der Evangelischen Kirche ist zu finden auf der Homepage der Bürgerinitiative: www.der-mast-muss-weg.de